

Profile der Weltpolitik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profile der Weltpolitik

«90 Prozent der Amerikaner sind heute gegen den Krieg in Vietnam», erklärte kürzlich Theodore C. Sorensen, der ehemalige Sonderberater Präsident John F. Kennedys. Diese Zahl mag vielleicht übertrieben sein, Tatsache ist aber, daß sich die Opposition in den Vereinigten Staaten gegen den Krieg in Vietnam verstärkt hat. Das ist zurückzuführen auf die innenpolitischen Ereignisse in Südvietnam, wo die Buddhisten sich gegen General Ky erhoben. Man sagt sich in den USA mit gewissem Recht, daß man den Krieg nicht allein führen wolle, sondern die entschlossene Unterstützung der Südvietnamesen erwarte.

Der Krieg in Vietnam hat mehr und mehr in den USA selber innenpolitische Auswirkungen. Im November stehen Teilerneuerungswahlen in Senat und Repräsentantenhaus bevor, und Präsident Johnson sieht die Popularität der Demokraten und seine eigene mehr und mehr schwinden. Das bedeutet in den Wahlen Verluste, und eine stärkere Opposition der Republikaner in den beiden Häusern macht dem Programm des Präsidenten Schwierigkeiten. Die einzige Hoffnung Johnsons wäre, den Krieg in Vietnam auf eine für Amerika, und auch für die Popularität des Präsidenten, günstige rasche Weise zu beenden. Aber wie?

Präsident Lyndon Johnson versucht, in seinem eigenen Land im Hinblick auf die Wahlen zur politischen Offensive überzugehen, indem er den Vietnamkrieg in den Hintergrund drängt und wieder sein Programm der «Großen Gesellschaft» ins Schaufenster stellt. Es kommt ihm zugut, daß die Opposition auch keine Lösung anzubieten hat, aber vielleicht verfangen ihre Schlagworte. Dabei ist zu beachten, daß die Meinung der beiden großen Parteien geteilt ist. Die Republikaner unterstützen teils Johnson, teils treten sie für eine weitergehende Eskalation in Vietnam ein. Im Lager der Demokraten gibt es ebenfalls eine Johnson-Gruppe, und als Führer der demokratischen Johnson-Gegner hat sich Robert F. Kennedy etabliert.

Der eingangs zitierte Ausspruch Sorensens kam nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt. Die ehemaligen Kennedy-Leute sind überhaupt in letzter Zeit wieder vermehrt in Erscheinung getreten. Die beiden Erinnerungsbücher der Sonderberater John F. Kennedys, Sorensen und Schlesinger, haben in der amerikanischen Öffentlichkeit das Bild des ermordeten Präsidenten in Erinnerung gerufen. Sorensen schrieb am Schluß der Einleitung: «Ich finde, man sollte sich nicht an John F. Kennedy erinnern, wie er gestorben ist, sondern wie er gelebt hat.»

Die beiden Bücher, die bereits zu Bestsellern geworden sind, rufen nicht nur den Menschen Kennedy in Erinnerung, sondern auch seine Ansichten, sein

Programm, seine Entscheidungen. Man stellt ihm Johnson gegenüber. Man beginnt zu vergleichen – und die Erinnerung spricht für Kennedy. Und weil die Bücher auch bemerkenswerte Einblicke gegenüber Beratungen und Verhandlungen, von denen bisher nichts oder wenig an die Öffentlichkeit kam, stellt man auch hier Vergleiche an.

Zum Beispiel Vietnam: Sorensen schreibt (Theodore C. Sorensen: Kennedy, Econ-Verlag): «Viel deutlicher als die meisten seiner Berater erkannte Kennedy, daß Vietnam durch eine militärische Aktion allein nicht gerettet werden konnte . . . Als Präsident allerdings war er in seinem Bemühen, unsere militärische Rolle in Vietnam nicht unsere politischen Ziele überschatten zu lassen, durch die Unfähigkeit des Außenministeriums gehandikapt, sich gegen das Pentagon durchzusetzen . . . Im November 1963 war kein baldiges Ende des Vietnamkrieges abzusehen. Der Präsident betonte zwar immer wieder, daß es unser Ziel sei, uns aus Vietnam zurückzuziehen, aber er war stets sehr skeptisch gegenüber den optimistischen Berichten der Militärs über den Verlauf der Kampfhandlungen.»

Über das gleiche Thema schreibt Schlesinger (Arthur M. Schlesinger: Die tausend Tage Kennedys, Scherz-Verlag): «Kennedys Vertrauen in McNamara, das auf so vielen Gebieten gerechtfertigt war, verleitete ihn, den Optimisten in der Vietnamfrage Glauben zu schenken. Aber nicht alle teilten diesen Optimismus. Abweichende Meinungen wurden zuerst bei den amerikanischen Zeitungsleuten in Vietnam laut . . . In Washington war der Unterstaatssekretär für fernöstliche Angelegenheiten, Averell Harriman, schon seit längerem der Meinung, daß wir den falschen Kurs steuerten . . . Was nach Ansicht der Harriman-Gruppe fehlte, war ein zwingendes Motiv der Südvietnamesen, für Saigon zu kämpfen. Warum sollten Bauern für eine Regierung sterben, die in den von den Vietkong zurückeroberten Gebieten den örtlichen Landbesitzern half, die Pacht einzutreiben?»

Die ehemaligen Kennedy-Leute Sorensen, Schlesinger und Galbraith machten sich kürzlich auf der Jahrestagung der bedeutenden Organisation «Americans for Democratic Action» (ADA) bemerkbar. Dort wurde trotz Anwesenheit und Intervention von Vizepräsident Humphrey eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die Vietnampolitik Johnsons richtet. Robert Kennedy, der nicht anwesend war, gratulierte der ADA sofort in einem Telegramm zu ihrer «fortschrittlichen inneren und äußeren Politik». Der Wahlkampf für die Präsidentenwahlen von 1972 hat offenbar begonnen!

Rhodesien: wie lange noch?

Die Boykottmaßnahmen Großbritanniens erfahren erst ihre volle Wirkung, wenn es ihm gelingt, auch Südafrika zu zwingen, mitzumachen. So ist es zu erklären, daß offensichtlich Wilson auf diplomatischem Wege einen verstärk-

ten Druck auf Südafrikas Premier Verwoerd ausübt. Doch befindet sich Südafrika in einer heiklen Lage. Wenn es den Boykott mitmacht, so mißbilligt es damit indirekt die Apartheidpolitik Rhodesiens und damit auch seine eigene. Weigert es sich, den britischen Wünschen nachzugeben, so läuft es Gefahr, daß sich der ganze Konflikt ausweitet und auch auf Südafrika übergreift. Bisher drückte sich Verwoerd um eine grundsätzliche Entscheidung, aber er gerät unter zunehmenden britischen Druck, und er kann nicht mehr lange ausweichen.

Großbritannien hat vom Sicherheitsrat der UNO ja die Erlaubnis, Schiffe, die Öl nach Rhodesien liefern, aufzubringen und zu zwingen, ihren Kurs zu ändern. Mittelsmänner Rhodesiens hatten mit Hilfe des griechischen Reeders Vardioyannis versucht, die Versorgung Rhodesiens mit Öl sicherzustellen. Doch Griechenland unterstützt offiziell die Boykottmaßnahmen und die Beschlüsse des Sicherheitsrates, so daß die «Manuela» die Flagge wechseln mußte. Aber auch Panama gab sich nicht zu diesem Spiel her. Die «Manuela» konnte ihre Ladung in Beira nicht löschen, nur die «Ioanna V» kam durch, aber auch sie ist inzwischen staatenlos geworden. Rhodesien ist also allein auf Öllieferungen Südafrikas angewiesen, die über Schiene und Straße erfolgen. Würden auch diese Transporte unterbunden, so könnte Ian Smith in die Knie gezwungen werden.

Einen Teilerfolg konnte Smith mit dem Tabakverkauf erringen. Tabak ist der wichtigste Exportartikel Rhodesiens. Letztes Jahr brachte der Tabakhandel gegen 400 Millionen Franken Devisen ein, dieses Jahr immerhin noch gegen 380 Millionen. Die britischen und amerikanischen Käufer blieben zwar aus, dafür erschienen Südafrikaner, Niederländer und sogar Tschechen. Rhodesischer Tabak wird zum Beispiel in der «Peter Stuyvesant» verarbeitet. Um eine baldige friedliche Lösung des rhodesischen Problems zu erreichen, wird Wilson zweifellos den Druck vor allem auf Südafrika verstärken. Mit allen Mitteln versucht er, das Problem ohne Waffengewalt zu lösen.

Gromyko im Vatikan

Der Privatbesuch des sowjetischen Außenminister Gromyko bei Papst Paul VI. ist eines der bedeutendsten Ereignisse der letzten Wochen. Es wurde auch zwar Aufhebens davon gemacht. Und doch ist dieser Besuch eine Art Sensation. Vertreter zweier sich diametral gegenüberstehender Anschauungen haben sich zum Dialog getroffen. Für die katholische Kirche gab es bisher nichts, was ihr gestattet hätte, sich mit den Kommunisten auszusöhnen, das Ziel des Kommunismus war die Ausrottung der Kirchen. Beide Systeme sind offenbar heute so weit, daß sie einsehen, daß beide den andern nicht loswerden können. Es bleibt nur das Gespräch, die Koexistenz.

Neue Aera in Österreich

Mit dem Beginn der Alleinherrschaft der Volkspartei in Österreich hat eine neue Aera in unserem östlichen Nachbarland begonnen. Dazu ein Kommentar der «Zeit»: «Österreichs Bundeskanzler Josef Klaus und seine Volkspartei haben die Wahl erst jetzt endgültig gewonnen. Die Sozialisten sind zum erstenmal seit 1945 in die Opposition manövriert worden, die ÖVP kann und wird allein regieren. Der politisch denkende Österreicher beobachtet das Geschehen freilich mit dem berühmten unguten Gefühl in der Magengrube. Die Aera der Koalition ist vorbei. Sind damit auch die Zeiten des inneren sozialen Friedens vorbei? Die neue Aera kündigt sich auch im Stil des Bundeskanzlers an: Die Art, in der Klaus seine Ansichten als die einzige Wahrheit anbietet, wie er die Regierungsverhandlungen geführt, die SPÖ ausgeschaltet und innerparteiliche Gegenströmungen auf Linie gebracht hat – das ist messianisch-gaullistisch. Die Republik der Raab und Schärf ist tot.»

GEORG SCHEUER

Frankreichs Regierungspartei in der Krise

Gespaltener Gaullismus

«Ich wünschte nicht die Spaltung, aber ich fürchte sie auch nicht», schreibt dieser Tage René Capitant, Chef der «Linksgaullisten» und Vorsitzender der juristischen Kommission in der französischen Nationalversammlung, im Wochenblatt «Notre République».

Die französische Regierungspartei UNR-UDT befindet sich infolge der letzten Ereignisse – die Schlappe de Gaulles in der Präsidentenwahlkampagne und die Ben-Barka-Affäre – tatsächlich in einer schweren Krise, die demnächst zu einer neuen Spaltung führen könnte.

De Gaulles Sammelpartei: Entstehung . . .

Die UNR-UDT entstand, wie schon der Name zeigt, durch den Zusammenschluß von zwei verschiedenen Organisationen im Jahr 1962, nämlich der offiziellen gaullistischen Organisation «Union pour la nouvelle République», UNR («Union für die Neue Republik») und der weiter «links» stehenden «Union Démocratique du Travail», UDT («Démokratische Union der Arbeit»).

Bis 1962, das heißt bis zur Beendigung des Algerienkrieges, waren die beiden gaullistischen Strömungen eben durch das algerische Problem voneinander geschieden. Die offiziellen Gaullisten, unter denen sich damals nicht nur der stark nationalistische Premierminister Debré, sondern sehr lange auch noch ein ultranationalistischer, rechtsextremer Flügel mit Jacques Soustelle